

Manchmal scheint Jiang behaupten zu wollen, daß die Sicherheit ganz Asiens, wenn nicht gar der Welt, letztlich von der Zugehörigkeit Taiwans zum Westen abhängt - eine These, die zwar nicht unbedingt dem Strategen, wohl aber dem Politiker Jiang zur Ehre gereicht!

3 Die sozialpolitische Wende

a) Phasen der sozioökonomischen Entwicklung

Als wollte sich das uralte daoistische Gesetz von der Einheit der Gegensätze auch in der modernen Geschichte Taiwans beweisen, folgten der "düsteren" Politik Chen Yis schon bald die Lichtseiten, und während die offizielle Geschichtsschreibung, um nicht weiteres Odium auf die neue Führung zu laden, über die Vorgänge vom "28. Februar" einen Mantel des Schweigens breitete, konzentrierte sie sich um so stärker auf die Apotheose des Bodenreformprogramms, das ja in der Tat mit zu den Ruhmestaten moderner Entwicklungspolitik gehört.

Obwohl es seit 1949 in der personellen Zusammensetzung der politischen Klasse keinen Erdrutsch gegeben hatte, zeigte die Führung doch einen erstaunlichen Selbsterneuerungswillen. Ursächlich dafür waren offensichtlich der traumatische Schock der Niederlage im Bürgerkrieg, der Überlebenswille, das schlechte Gewissen angesichts all der sozialen Versäumnisse und nicht zuletzt auch das amerikanische Drängen auf Reformen. Wenn das alte Paradigma, daß grundlegende Änderungen nur unter Leidensdruck erfolgen, je eine Bestätigung im politischen Leben erfahren hat, dann in der GMD der Jahre 1949 ff., als ein mächtiger Ruck durch ihre Reihen ging. Auch der starrsinnigste Konservative sah sich jetzt zu innerer Einkehr und zur Korrektur seines lange Zeit so pathologisch guten Gewissens veranlaßt.

Ein systematischer wirtschaftlicher Neuaufbau auf der Insel konnte freilich erst beginnen, nachdem der Koreakrieg ausgebrochen und Taiwan in die westliche Sicherheitsarchitektur einbezogen, vor allem unter den Schutz der 7. US-Flotte gestellt worden war. Dies geschah, wie gesagt, 1950. Von da an begann eine wirtschaftliche Entwicklung, die deutlich in vier Abschnitte gegliedert ist, und deren Zäsuren in die Jahre 1946, 1958, 1971 sowie 1980 fallen. Die Phase 1 war geprägt durch Bodenreform im landwirtschaftlichen

und durch Importsubstitution im industriellen Bereich, Phase 2 durch Exportförderung, Phase 3 durch die Entwicklung von Infrastruktur und Industrie, Phase 4 durch die Hinwendung zu kapitalintensiven und hochtechnologischen Entwicklungen.

In den fünfziger Jahren wären solche Horizonte wahrscheinlich noch mit ungläubigem Kopfschütteln zur Kenntnis genommen worden. Damals standen vier schlichte Bedürfnisse im Vordergrund, nämlich die Sicherung der Ernährungsgrundlage für die Bevölkerung der Insel, die infolge des Zustroms von 1,2 Millionen Festländern sprunghaft angestiegen war, zweitens die Neuorganisation der von den Japanern hinterlassenen Wirtschaftsstrukturen, drittens der Schutz der jungen einheimischen Industrie vor der übermächtigen Auslandskonkurrenz und viertens die Bekämpfung der vom Festland eingeführten Inflation.

Auf alle vier Herausforderungen fand die Führung energische, und, wie sich später herausstellte, auch höchst brauchbare Antworten, die mit ihren Ergebnissen schnell aus der Talsohle herausführten. Sie lauteten - stichwortartig - Landreform, Gründung öffentlicher Unternehmen, Importsubstitution und Währungsreform. Diese vier Themen wurden denn auch zu Leitmotiven der ersten, bis 1957 andauernden Periode taiwanesischer Wirtschaftsentwicklung.

b) Die Landwirtschaft - Prüfstein für ein gewandeltes Denken

1949 hatten sich die "Menschenmünder" (renkou) - chinesisches Synonym für "Bevölkerung" - auf der Insel um 1,2 Millionen vermehrt, ohne daß eine Aussicht bestand, die vorhandene Kulturfläche entsprechend schnell zu erweitern. Drei Radikalmaßnahmen mußten unter diesen Umständen ergriffen werden, die, konsequent durchgeführt, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch die bisherige Gesellschaftsstruktur umstülpen würden - in Stichworten: Bodenreform, Genossenschaftsaufbau und Bevorratungswirtschaft. Es sprach für den Selbsterneuerungswillen der Führung, daß sie den politischen Mut aufbrachte, diese unkonventionelle Politik durchzuführen.

Bodenreform: Rückgriff auf das Vermächtnis Sun Yixians

Zwei Ursachen, nämlich der Zwang zu erhöhter Produktivität und das programmatische Gebot, dem Übergreifen "des Kommunismus" einen Riegel vorschieben zu müssen, waren es, die Anfang der fünfziger Jahre eine baldige Bodenreform unverzichtbar erscheinen

ließen. Im Jahre 1952, dem Ausgangsjahr der modernen Statistik Taiwans, lebten auf Taiwan 8,1 Millionen Menschen, deren Zahl sich nun von Jahr zu Jahr um rund 300.000 vermehrte, so daß 1958 bereits die Zehn-Millionen-Grenze erreicht sein würde.

Dieser Bevölkerungsexplosion stand auf der 35.843 qkm großen Hauptinsel Taiwan und ihren 85 Nebeninseln nur eine verhältnismäßig bescheidene Kulturfläche gegenüber, nämlich etwa ein Viertel des Territoriums. Topographisch weist die Insel fünf Landschaftsformen auf: das Zentralgebirge, die vulkanischen Berge, die Vorgebirge, die Hochebenen sowie die Küsten- und Flußebenen. Das Zentralgebirge zieht sich über 330 km von Norden nach Süden und über rund 80 km von Osten nach Westen hin und bedeckt damit fast die Hälfte der Inselfläche. Nicht wenige Gipfel erreichen dabei Höhen von weit über 3.000 m, der Yushan (Jadeberg) sogar 3.952 m.

Vulkangebirge gibt es lediglich im Norden Taiwans, und zwar in der Gegend zwischen dem Hafen Jilong und dem Fluß Danshui. Lavamassen türmen sich hier bis zu Höhen von 1.000 m empor. Überall sprudeln heiße Quellen aus dem Boden, deren Schwefelgeruch typisch für die Landschaft nördlich von Taibei ist, und die zugleich auch Kristallisationspunkte zahlreicher Badeanstalten (von manchmal üblem Ruf) sind. An das Zentralgebirge schmiegen sich nach Westen hin die Vorgebirge, die mit einem zumeist sanften Gefälle von 1.500 m auf bis zu 100 m ü.d.M. hinuntergleiten.

Weder im Zentral- noch im Vulkan- noch im Vorgebirge kann Landwirtschaft betrieben werden, sieht man einmal von vereinzelt Apfelplantagen ab. Dies ändert sich erst im vierten topographischen Bereich, nämlich auf den Hochebenen, die von den Vorbergen ausgehen, und deren Hauptausdehnungsgebiete sich im Nordwesten der Insel befinden, hauptsächlich zwischen Taoyuan und Xinzhu.

Für Intensivwirtschaft kommen aber erst die Küsten- und Flußebenen in Betracht, die sich am Westsaum der Insel hinziehen, und zwischen denen zahlreiche, von Ost nach West verlaufende Flüsse hindurchmäandern, die ihrerseits in Nord-Süd-Richtung mit Bewässerungs- und Entwässerungskanälen vergittert sind. Die weitaus größte und fruchtbarste Ebene erstreckt sich hier zwischen Zhanghua und Gaoxiong - nämlich die Jia'nan-Ebene, die nach den Städ-

ten Jiayi und Tainan benannt ist und 12% der gesamten Inselfläche abdeckt. Sie war, wie bereits erwähnt, erst während der japanischen Besatzungszeit zu einer geschlossenen Hochleistungsfläche ausgebaut worden.

Da die Erde hier fruchtbar, das Klima subtropisch und der Niederschlag intensiv ist, sind optimale Voraussetzungen für Intensivwirtschaft gegeben. Erforderlich sind allerdings hoher Kapitaleinsatz und adäquate Betriebsgrößen.

An beidem fehlte es den Bauern zu Beginn der fünfziger Jahre, da der Löwenanteil des Ackerbodens damals in der Hand weniger Grundbesitzer oder aber des Staates konzentriert war, und der Einzelbauernbetrieb deshalb selten zu Wohlstand kommen konnte.

Da Neulanderschließung kaum noch möglich war, blieb als einziger Ausweg die Intensivierung, die freilich wiederum nicht nur von moderner Landwirtschaftstechnik, sondern in hohem Maße auch von der Motivation der bäuerlichen Bevölkerung abhing. Unter diesen Umständen rückten Bodenreform und genossenschaftliche Organisation des Bauerntums, die beide von der GMD lange Jahre vernachlässigt worden waren, in den Mittelpunkt wirtschaftspolitischer Überlegungen.

Der Bodenreformplan war bereits in Sun Yixians "Land dem Pflüger"-Programm vorskizziert worden. Die GMD, die ihr Zögern in Reformfragen auf dem Festland so teuer hatte bezahlen müssen, beschloß, in Taiwan keine Zeit mehr zu verlieren und den Stier bei den Hörnern zu packen. Es war vor allem der "Soldaten-Politiker" Chen Cheng, der als Provinzgouverneur von Taiwan, vor allem aber als Vorsitzender des Reformausschusses der GMD die Agrarbodenreform zum A und O des neuen sozioökonomischen Kurses werden ließ.

Juristisch war der Bodenreformteppich in Form des Tudi fa (Bodengesetzes) längst ausgerollt worden, und zwar bereits am 30. Juni 1930. Die Regelung wurde am 29. April 1946 noch einmal novelliert und bedurfte jetzt "nur" noch der praktischen Umsetzung. Ferner erging ein "Boden dem Pflüger-Gesetz".

Anstöße zur Bodenreform kamen freilich nicht nur von der GMD - sondern auch von amerikanischer Seite. Um die Nationalregierung und ihren antikommunistischen Kurs zu unterstützen, hatte Wa-

shington bereits 1948 gemeinsam mit der GMD-Regierung die JCRR (Joint Commission for Rural Reconstruction) gegründet, die ihren Sitz zunächst in Nanjing hatte, später nach Taiwan mitübersiedelte und dort praktisch die Stelle eines Landwirtschaftsministeriums einnahm. Finanziert wurde die JCRR aus amerikanischen Mitteln.

* Die drei Stufen der Bodenreform

Am Vorabend der "Tudi gaige" ("Bodenreform") waren nur 36% der taiwanesischen Bauern Voll- und 25% Teileigentümer des von ihnen bebauten Bodens. Die anderen unterlagen einem Pachtwesen, das z.T. parasitäre Züge trug, und das bisweilen bis zu 50% der Erträge abschöpfte. Außerdem mußten die Pachtbauern Dünger und Werkzeuge selber stellen und bisweilen sogar ihre Pachtverträge von Jahr zu Jahr erneuern.

Die neue Regierung suchte mit der Bodenreform drei Fliegen auf einen Streich zu schlagen, nämlich erstens dem so lange vernachlässigten Programm Sun Yixians zum Durchbruch zu verhelfen, zweitens bäuerlichen Unmut, wie er der GMD auf dem Festland zum Verhängnis geworden war, zu dämpfen und drittens solide Grundlagen für eine Intensivwirtschaft zu legen.

Das Programm wurde in drei Stufen abgewickelt: (1) Pachtzinsermäßigung seit 1949 (sanshiwu mie zu, wörtl.: "Ermäßigung der Pacht auf 37"(%)), (2) Verkauf von staatseigenem Land seit 1951 (fangling gongyou gengdi, wörtl.: "Überlassung von öffentlichem Ackerland") und (3) "Land dem Pflüger"-Programm seit 1953 (gengzhe you qi tian, wörtl.: "Der Pflüger (soll) sein (eigenes) Land haben"). Jede dieser drei Stufen wurde von der JCRR entworfen, von der Legislative bewilligt und von der Provinzregierung durchgeführt.

1949 ging es zunächst um die Landpachtermäßigung, wobei 37,5% des "Normalertrags" als absolutes Minimum für die Pachtzahlung fixiert wurden. Zu diesem Zweck teilten die Reformgremien die Naßreis- und Trockenfelder nach 26 Qualitätsstufen auf. Der Pachtbauer konnte sich von jetzt an reelle Gewinnchancen ausrechnen, da er seine Produktion längerfristig vorkalkulieren und damit systematisch auf Mehrerträge hinarbeiten konnte, zumal seine Pachtrechte auch sonst abgesichert waren: Erstens nämlich mußten Pachtverträge jetzt auf mindestens 6 Jahre abgeschlossen

werden, zweitens waren die Pachtzinsen nicht, wie bisher, im voraus zu entrichten, drittens wurden die Vereinbarungen unzweideutig in schriftlichen Verträgen niedergelegt, und viertens mußten diese Verträge zusätzlich bei den zuständigen Regierungsstellen registriert werden.

Zum ersten Mal in der taiwanesischen Geschichte befand sich der Bauer damit in einer juristisch wohlhabenden Position und konnte in aller Ruhe Gewinne anpeilen - ein ungeheurer Leistungsanreiz, der sich schon bald in immer neuen Rekordergebnissen niederschlug.

Die zweite Stufe begann 1951 mit dem Verkauf staatseigenen Landes, das aus der japanischen Erbschaft übernommen worden war, und auf dem ein Teil der Bauernbevölkerung ohnehin bereits als Pächter arbeitete. Die staatseigene Fläche umfaßte zu Beginn der fünfziger Jahre rund 100.000 ha oder 20% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Diese Staatsländereien wurden zwischen 1951 und 1958 in fünf Schüben an die Bauern veräußert, wobei Pflüger, die diesen Boden bereits unter Pacht hatten, mit einem Vorkaufsrecht bedacht wurden. Der Kaufpreis sollte in Halbjahresraten abgetragen werden, und zwar über eine Zeitspanne von zehn Jahren. Da Zinsen nicht verlangt wurden, lag die finanzielle Last der "Pächter-Käufer" am Ende nicht höher als der von Pächtern privaten Bodens zu entrichtende 37,5%-Pachtzins.

Bis Ende der fünfziger Jahre wurden 96.000 ha Staatsland an 156.000 Pächterfamilien verkauft. Der gesamte dafür fällig werdende Kaufpreis betrug 330.000 t Reis und 828.000 t Süßkartoffeln, deren Ertrag zum größten Teil wiederum der weiteren Durchführung des Bodenreformprogramms zugute kam.

1953 begannen dann - mit der dritten Stufe - die härtesten chirurgischen Eingriffe; galt es nun doch, den privaten Grundbesitzern allen Boden abzunehmen, der 3 ha pro Kopf überschritt, und ihn sodann an die Pflüger zu übereignen. Hier entwickelte die Regierung Aufkaufprogramme, deren Zahlungsmodalitäten ebenso genial wie zukunftsweisend waren: Sie entschädigte nämlich die bisherigen Eigentümer zu 70% mit Reis- und Süßkartoffel-Gutschriften und vergab für die restlichen 30% Aktien der Staatsindustrie. Damit sparte sie nicht nur Kaufgeld, sondern pumpte gleichzeitig Investitionskapital in die damals noch junge Industrie, vor allem in

vier zuschußbedürftige Staatsgesellschaften, nämlich in die Kombinate für Land- und Forstwirtschaft, für Industrie und Bergwerkswesen, für Zement sowie für Papier und Pulpe.

Die Reis- und Süßkartoffel-Gutschriften konnten von den ehemaligen Eigentümern bei den Käufern in bestimmten Zeiträumen entweder in Naturalien oder in Bargeld eingelöst werden.

Das "Land dem Pflüger"-Programm begann im Februar 1953 und endete binnen Jahresfrist im Januar 1954. Im Zuge der Abwicklung wurden 139.000 ha (oder 55% des gesamten privaten Pachtlands) von der Regierung aufgekauft und an 194.823 bisherige Pachtbauern weiterveräußert. Jeder Pächter hatte damit im Durchschnitt 0,7 ha Land erstanden. Die Zahl der Pachtbauern, die von dieser Umverteilung profitierten, machte ungefähr 50% aller bisherigen Pacht- und Teilpachtfamilien aus. Insgesamt hatten sie für den Bodenerwerb 1.272.000 t Reis und 434.000 t Süßkartoffeln zu "zahlen", und zwar von 1953 an. Bereits Ende 1962 hatten die bisherigen Pächter in 20 Ratenzahlungen den gesamten "Kaufpreis" voll beglichen.

* *Ergebnisse der Bodenreform: Höhenflug der Landwirtschaft und soziale Symmetrie*

Wenn die GMD ihre Bodenreform auf Taiwan mit solchem Elan durchziehen konnte, so lag dies nicht zuletzt daran, daß ihre führenden Mitglieder auf Taiwan nirgends Verwandte oder "Seilschaftsangehörige" hatten, auf die sie hätten Rücksicht nehmen müssen. Die Reformer stammten ja fast ausnahmslos vom Festland!

Die Ergebnisse der so wohltuend überparteilich durchgeführten Bodenreform konnten sich sehen lassen:

Da war einmal der soziale Effekt. Die Zahl der Bauernfamilien, die nun ihre eigenen Felder bearbeiten konnten, war von 61% auf 86% angestiegen, während der Anteil der Pachtbauernfamilien umgekehrt von 39% auf 14% gefallen war. Nur 10% des Ackerbodens wurden jetzt noch von Pächtern, dagegen 90% von Eigentümern bebaut. Damit war eine seit über 250 Jahren existierende ungerechte Pachtordnung beendet, die Arbeitsmoral beträchtlich angefacht und die Neigung zu "marxistischen Lösungen à la VR China" weitgehend neutralisiert worden.

Die Steigerungsraten, die sich beim Ackerbau ergaben, waren enorm. Setzt man das Jahr 1952 mit dem Produktionsindex 100 an, so lag die Zahl 1957 bereits bei 118,7, 1970 bei 245,5 und 1980 bei 300,8. Schon von 1953 an konnten wieder größere Mengen Nahrungsmittel exportiert werden, z.B. 1957 immerhin 263.000 t.

Die Entwicklung führte auch zu einem raschen Anstieg der Bauerneinkommen, der sich wieder in einem höheren Konsumniveau niederschlug.

* *Die Gründung von bäuerlichen Genossenschaften*

Gleichzeitig mit dem Beginn der Bodenreform entstanden auch die ersten Bauernverbände (nonghui), die den Landwirten Dienstleistungen erbringen und gleichzeitig der Tatsache Rechnung tragen sollten, daß die Betriebsgrößen zu Beginn der fünfziger Jahre im Landesdurchschnitt bei lediglich 1,1 ha lagen. Nur genossenschaftliche Zusammenschlüsse schienen hier einen - überdies volksnahen - Ausweg zu bieten.

Nacheinander entstanden vier verschiedene Organisationsformen, denen, ganz im Gegensatz zur gleichzeitigen Kollektivierungsbewegung auf dem Festland, das Prinzip der Freiwilligkeit des Beitritts zugrunde lag. Vor allem in den fünfziger Jahren schossen die Genossenschaften wie Pilz aus dem Boden, und zwar Bauern-, Fischer- und Bewässerungsverbände (nonghui, yuhui, shuilihui) sowie Bauernkooperativen (nong hezuoshe). Die Bauern- und Fischerverbände unterschieden sich von den Bauernkooperativen dadurch, daß sie Vielzweck-Vereinigungen waren und zumeist gleich vier Funktionen (Produktion, Verkauf, Versorgung mit Dünger, Insektiziden und Pestiziden sowie Kreditvergabe) erfüllten, während die Bauernkooperativen immer nur einem einzigsten Zweck dienten, seien es nun Produktion, Absatz, Lieferung, Versicherung, Transport oder Arbeitskräftebeschaffung.

So kräftig schoß das Genossenschaftswesen ins Kraut, daß noch zu Beginn der neunziger Jahre rund 95% aller Bauern einer "Nonghui" angehören; viele Bauernhaushalte haben sich zusätzlich noch einer "Hezuoshe" angeschlossen und züchten beispielsweise - in einer Art Nebengewerbe - Champignons, Spargel, Tomaten oder sonstige vermarktbar Fruchte.

Lebensmittelbewirtschaftung

Um die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sicherzustellen, hatte die Regierung bereits Ende 1945 das "Nahrungsmittel(bewirtschaftungs)amt" (liangshiqu) eingerichtet, dessen Aufgabe es sein sollte, die vorhandenen Lebensmittel an einzelne Bevölkerungsgruppen (z.B. an die Militärs, die Beamten, die Veteranen und die Lehrer etc.) zu verteilen und gleichzeitig Vorräte anzulegen, mit deren Hilfe die Regierung auf dem Markt intervenieren, also dem bis dahin notorischen Spekulantentum entgegenzutreten und damit den Reispreis stabil halten konnte.

Begünstigt wurde diese Bevorratungspolitik durch die amtsspezifische Befugnis, Reis mit Düngemitteln "anzukaufen". Offensichtlich war dieses Tauschgeschäft für die Bauern attraktiv; stammten doch bereits in den fünfziger Jahren nicht weniger als 70% der vom Nahrungsmittelamt beschafften Vorräte aus "Reis gegen Düngemittel"-Tauschgeschäften, während nur noch 30% mit obrigkeitlichen Mitteln, d.h. durch Bodensteuern in Form von Reis, eingezogen werden mußten.

"Entwicklung der Industrie mit Hilfe der Landwirtschaft"

In den ersten Jahren wuchs die taiwanesishe Wirtschaft, metaphorisch gesprochen, hauptsächlich auf dem Reis- und Zuckerhalm. Rund 60% der Devisenerlöse stammten aus dem Zucker- und 14% aus dem Reisesport. Der Aufbau der jungen Industrie wurde also auf weite Strecken hin mit Zucker finanziert. Logischerweise gab es deshalb schon bald eine klare regierungsoffizielle Aufbaudevisen, derzufolge "der Landwirtschaftssektor die Industrie und die Industrie (sodann wieder) die Landwirtschaft fördern" sollte (yi nongye peiyang gongye, yi gongye fachan nongye).

c) Die Industriepolitik und ihre drei vorrangigen Aufgaben

Drei Maßnahmen waren es vor allem, die der Industriepolitik Taiwans in den Jahren zwischen 1946 und 1957 den Stempel aufprägten und zu Synergie verhalfen, nämlich Neuorganisation der von den Japanern übernommenen Betriebe, Imports substitution und Wirtschaftsplanung.

Betriebsreorganisation und Gründung staatseigener Kombinate

Zur Zeit der Kapitulation Tokyos im Jahre 1945 hatten nicht weniger als 80% des gesamten Industrievermögens auf Taiwan Japanern gehört, d.h. entweder der öffentlichen Hand, den Zaibatsu oder

aber Klein- und Mittelunternehmern, während sich die Taiwanesen mit dem Rest von nur rund 20% hatten zufriedengeben müssen.

Als die neue GMD-Provinzregierung Bilanz zog, kam sie auf 593 Einrichtungen der öffentlichen Hand (angefangen von Schulen und Universitäten über Krankenhäuser bis hin zum Post- und Eisenbahnwesen) und auf 775 kommerzielle Betriebe. Von diesen verkaufte sie 376 Unternehmen an private Interessenten und faßte den Rest von 399 Unternehmen in einer veritablen Elefantenhochzeit zu 22 Kombinate zusammen, die entweder direkt der Nationalregierung (guoying) oder der Provinzregierung (shengying) unterstellt wurden. Dies war die Geburtsstunde der für Taiwans Wirtschaft so typischen "öffentlichen Unternehmen" (gongying qiye).

4 dieser 22 Kombinate, nämlich die Taiwan Power Co., die Taiwan Fertilizer Corp., die Taiwan Sugar Corp. und die China Petroleum Corp., erhielten Monopolbefugnisse. Gerechtfertigt wurde die Gründung dieser öffentlichen Unternehmen mit Hinweisen auf Sun Yixian, der nicht nur eine Bodenreform, sondern auch die Bildung eines staatlichen Wirtschaftssektors gefordert hatte, auf daß jedem Laisser-faire, d.h. jedem nach seiner Meinung damit unweigerlich verbundenen "Luan" (Chaos) ein Riegel vorgeschoben werde.

Leichtindustrie und Imports substitution

Ähnlich wie die Regierung in Beijing hatte auch Taibei zu Beginn der fünfziger Jahre eine Doppelentscheidung zu treffen, die sich mit den Stichworten "Vorrang der Schwer- oder Leichtindustrie?" und "Außenhandels- oder Binnenwirtschaftspriorität?" skizzieren läßt.

Während sich die VR China bei ihrem Ersten Fünfjahresplan (1953/57) in buchstabengetreuer Befolgung des stalinistischen Modells für "Schwerindustrie + (langfristige) Binnenmarktentwicklung" entschied, optierte Taibei für "Leichtindustrie + (vorübergehende) Binnenmarktorientierung".

Um seiner noch jungen und allzu anfälligen Industrie eine Art vorübergehende Atempause zu verschaffen, und um die Schwellenangst der Unternehmer gegenüber dem Weltmarkt zu dämpfen, beschloß Taibei eine - allerdings von vornherein nur als Übergangszustand gedachte - Politik der Imports substitution, d.h. es förderte - hinter hohen protektionistischen Mauern - eine boden-

ständige Leichtindustrie, die vor allem vor der erdrückenden Konkurrenz amerikanischer Fertigprodukte geschützt werden sollte. Gleichzeitig steuerte die Bank von Taiwan einen strikten Devisenbewirtschaftungskurs.

Diese Politik erwies sich als erfolgreich. Schnell ging es mit der jungen Industrie aufwärts, vor allem im Textilbereich, aber auch bei der Herstellung von Fahrrädern, Glühlampen, Zahnpasta, Seife und anderen technisch weniger anspruchsvollen Produkten. Der Leichtindustriebereich diente auch als Schule für die ersten einheimischen Facharbeiter.

Zwei Nachteile waren mit der Importsubstitution verbunden: Zum einen lagen die Preise für die heimischen Güter naturgemäß wesentlich höher als es bei Importwaren der Fall gewesen wäre; zum anderen aber war der Binnenmarkt von damals nur ca. 10 Millionen Verbrauchern schnell gesättigt, so daß die Marktöffnung über kurz oder lang unvermeidlich wurde.

Wirtschaftsplanung

In den fünfziger Jahren hatte der Staat, ähnlich wie im Japan der Meiji-Reform (1868 ff.), eine so ausgeprägte Drahtzickerfunktion, daß es fast "unehrlich" gewesen wäre, hätte er nicht auch die Wirtschaftsplanung in die Hand genommen, zumal ja die Bürokratie gegenüber der freien Marktwirtschaft und ihrem "kreativen Chaos" ohnehin ein tiefes, von der Tradition genährtes Mißtrauen empfand.

Vor diesem Hintergrund und um bei allen Weichenstellungen mit dabei zu sein, kündigte der Exekutiv Yuan im Januar 1953 ein neues Zeitalter der Planung an. Es mochte vielleicht ein Zufall gewesen sein, daß die Praxis der Vierjahrespläne im selben Jahr anließ wie auf dem Festland der Erste Fünfjahresplan. Gewiß kein Zufall war es jedoch, daß die taiwanesischen Vierjahrespläne jedesmal übererfüllt wurden, während die VR-Fünfjahrespläne chronisch hinter den gesteckten Zielen zurückzubleiben pflegten. Die Erklärung dafür liegt auf der Hand: Während Taibei lediglich Empfehlungen ausgab, die notfalls auch wieder flexibel korrigiert werden konnten, wurden die Pläne Beijings zum Prokrustesbett.

d) Währungsreform und Stabilitätspolitik

Inflation

Als die Japaner 1945 die Insel verließen, hatte Taiwan noch ein wohl funktionierendes und trotz aller Kriegsfolgen immer noch verhältnismäßig gesundes Währungssystem. Dies sollte sich mit der Angliederung an das Festland grundlegend ändern. In den vier Jahren zwischen Oktober 1945 und Mai 1949 entwickelte sich eine Hyperinflation, in deren Verlauf auch den wohlhabendsten Taiwanesen das Geld buchstäblich zwischen den Fingern zerrann: Die umlaufende Geldmenge vermehrte sich in diesem Zeitraum um das 756fache und der Großhandelspreisindex sogar um das 1.150fache.

Hauptgrund dafür war die vom Nanjinger Finanzministerium angeordnete Ersetzung des Taiwan-Yen durch den "Taiwan-Dollar" im Jahre 1946. Da die neue Währung - aus obskuren Gründen - kaum gedeckt war, geriet sie vom Augenblick ihrer Emission an in den Sog der kriegsverursachten Inflation des Festlands hinein.

Bereits Mitte 1949 stand einem immer knapper gewordenen Güterangebot eine astronomische Geldmenge gegenüber. Theoretisch war die Therapie des Übels einfach: galt es doch lediglich die Gütermenge zu erhöhen und den Geldüberhang drastisch zu reduzieren. Doch wie sollte diese Sisyphusaufgabe in der Praxis bewältigt werden, zumal gerade zu diesem Zeitpunkt der Bürgerkrieg auf dem Festland in sein Endstadium getreten war und jeder nur noch seine eigene Haut zu retten suchte!?

Ausgerechnet in diesem Augenblick aber geschah das Wunder:

Die Währungsreform von 1949

Die Nationalregierung konnte sich in diesen kritischen Monaten an den fünf Fingern ausrechnen, daß die Flucht nach Taiwan nun unvermeidbar geworden war, und daß es von dieser Insel wohl nie mehr eine Rückkehr gäbe, falls es nicht gelänge, dort gesunde wirtschaftliche Verhältnisse herzustellen und damit die für das Guangfu (ruhmvolle Wiederkehr) nötigen Rüstungsgüter zu beschaffen.

Solche Perspektiven vor Augen beschloß die Regierung in Nanjing, noch am Vorabend ihres "Umzugs", d.h. ihrer Flucht, der Inflation auf Taiwan mit einem dreifachen Instrumentarium zu Leibe zu gehen, nämlich mit einer Währungsreform, mit Sparzinsanreizen und mit dem Einsatz amerikanischer Hilfgelder.

Die mit der Durchführung der Währungsreform beauftragte Bank von Taiwan begann am 15. Juni 1949, den - jetzt so genannten - "Alten Taiwan-Dollar" (vom Mai 1946) durch "Neue Taiwan-Dollar" zu ersetzen, und zwar in einem Verhältnis von 40.000:1. Gleichzeitig wurde der NT-Dollar - ganz im Gegensatz zu Vorgängerwährung - zu 100% mit Goldreserven gedeckt und auf einen festen Wechselkurs von 5 NT\$ = 1 US\$ festgelegt.

Die Operation gelang, wäre allerdings kaum denkbar gewesen, hätten nicht die USA Unterstützung gewährt.

Die Hilfe der Vereinigten Staaten

Washington hatte im Rahmen des Marshallplans bereits 1948 Hilfe für Taiwan bereitgestellt: Richtig zu rollen begann der "Rubel" jedoch erst nach dem Ausbruch des Koreakriegs (im Juni 1950), als sich die Amerikaner veranlaßt sahen, in aller Eile eine Eindämmungsfront zusammenzubauen, die sich nach Lage der Dinge vor allem aus maritimen Anliegen des Westpazifik zusammensetzen sollte, nämlich den Philippinen, dem früheren Kriegsgegner Japan und dem "unversenkbaren Flugzeugträger" Taiwan!

Die auf diese Weise anlaufende Hilfe wurde den taiwanesischen Partnern über einen Mechanismus zugeführt, der aus drei Komponenten bestand, und der sich als ebenso genial wie effizient erweisen sollte:

Da war erstens die Einrichtung eines "Kontos für die Hilfe an Taiwan", das z.T. mit verlorenen Zuschüssen, z.T. aber auch mit Krediten gespeist wurde.

Aus dieser Quelle konnte Taipei schöpfen, indem es einen Katalog der benötigten Güter, seien es nun Maschinen oder Rohmaterialien, zusammenstellte, diese Liste vom U.S. AID Council in Taipei abzeichnen ließ und die Waren sodann in den USA (oder in einem anderen westlichen Land) zu Lasten des Kontos bestellte.

Nach Anlieferung begann der dritte Schritt, der darin bestand, daß die Bestellerin (in aller Regel eine taiwanische Regierungsorganisation) die Güter an Betriebe oder Einzelpersonen weiterverkaufte und den daraus erzielten Gewinn auf einen bei der Bank von Taiwan eingerichteten "Counterpart Fonds der US-Hilfe" einzahlte. Zumeist ging der Betrag dann wieder auf das Ausgangs-"Konto für die Hilfe an Taiwan" zurück - ein Kreislauf!

Die Anschubfinanzierung durch die USA trug zur schnellen wirtschaftlichen und militärischen Stabilisierung Taiwans bei. In den 15 Jahren zwischen 1950 und 1965 belief sich die amerikanische Wirtschaftshilfe auf 1,3 und die Militärhilfe auf 2,3 Mrd. US\$ - eine Summe, die im Durchschnitt zwischen 15 und 18% des damaligen jährlichen taiwanesischen BSP lag. Insgesamt wurden 73,1% der Counterpart-Gelder für den Ankauf von Rohmaterialien, 20,8% für Investitionsgüter und lediglich 6,1% für Konsumgüter verausgabt.

4 Schwingtür Außenpolitik

Auch nach Übersiedlung auf die Insel verstand sich die GMD-Regierung als authentische Repräsentantin jener "Republik China" (Zhonghua minguo), die am 1. Januar 1912 unter Führung Sun Yixians gegründet worden war. Taiwan galt nach wie vor als eine Provinz der Republik China, und Taipei - ebenso wie während des Antijapanischen Kriegs das fernwestliche Chongqing - als provisorischer Regierungssitz der legitimen Regierung, die sofort nach Rückgewinnung des Festlands in ihre angestammte Hauptstadt Nanjing zurückkehren würde.

Dieses Selbstverständnis schlug sich auch auf die Außenpolitik Taipeis nieder und wurde von der damaligen Staatengemeinschaft auch ohne Murren anerkannt, sieht man einmal von gewissen Ausnahmen ab. Zu diesen Ausnahmen gehörten anfangs vor allem die sozialistischen Länder Europas und Asiens, die die VR China bereits 1949 diplomatisch anerkannten, aber auch noch einige andere Staaten aus der Dritten Welt, ja sogar aus dem "kapitalistischen Lager". Dazu gehörten 1950 Indien, Birma, Indonesien, Schweden, die Schweiz, Dänemark und Finnland, 1951 Pakistan, 1954 Großbritannien, Norwegen und die Niederlande, 1955 Jugoslawien, Nepal und Afghanistan, 1956 Syrien, Jemen und Ägypten, 1957 Sri Lanka, 1958 Kambodscha, Irak, Marokko und Sudan, 1959 Guinea und 1960 Kuba, Somalia und Ghana.

Erst nach der aufsehenerregenden "Afrika-Safari" Zhou Enlais in den Jahren 1963/64, vor allem aber am Vorabend der Chinavisite des US-Präsidenten Nixon sollten größere Einbrüche in die Phalanx der diplomatischen Front Taiwans erfolgen. Zu Beginn der fünfziger Jahre konnte man diese Entwicklung jedoch noch nicht voraussehen. Damals bestand Taiwan noch selbstbewußt auf einer